



In einer aktuellen Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach beurteilen Außenstehende die Bildungssituation in Baden-Württemberg kritischer als Eltern, deren Kinder zur Schule gehen. BILD: PHILIPP VON DITFURTH/DPA

Beginn einer neuen Ära

Rheinland-Pfalz: Schweitzer folgt auf Malu Dreyer

Mainz. Mit der Wahl von Alexander Schweitzer zum Ministerpräsidenten beginnt in Rheinland-Pfalz eine neue Ära. Der SPD-Politiker aus der Pfalz folgt auf Malu Dreyer, die sich nach 22 Jahren als Regierungsmitglied aus der Politik zurückzieht. Die 63-Jährige war zunächst elf Jahre Sozialministerin und dann genauso lange Ministerpräsidentin. Mit ihrem einnehmenden Lachen, ihrer Empathie und Zuversicht war die Juristin bundesweit über Parteigrenzen hinweg beliebt. Verabschiedet wurde sie nach einer emotionalen Abschiedsrede mit langanhaltendem Applaus.

Der 50 Jahre alte Jurist und Sozialpolitiker Schweitzer dankte seiner Vorgängerin für die langjährige enge Zusammenarbeit. Sie habe sich den Stil ihrer Kommunikation und den Umgang mit Menschen immer auch im Politischen bewahrt. „Es gab nie die Draußen- und die Drinnen-Malu Dreyer, es gab immer nur eine Malu Dreyer, es war auch oftmals eine fordernde Malu Dreyer“, sagte Schweitzer. Als Ministerpräsidentin habe sie das Bundesland geprägt und nach vorn getragen.

Großer Vertrauensvorsprung für Schweitzer

Die 100 im Landtag anwesenden Abgeordneten wählten Schweitzer im ersten Wahlgang mit großer Mehrheit. Er bekam in geheimer Abstimmung 57 Stimmen. Das Regierungsbündnis aus SPD, FDP und Grünen kommt auf 54 Stimmen, rein rechnerisch erhielt Schweitzer also auch drei Stimmen von Oppositionsabgeordneten – also aus den Reihen von CDU, AfD oder Freien Wählern. Vier Abgeordnete enthielten sich bei der Wahl.

Die 63 Jahre alte Dreyer hatte im Juni, kurz nach der Europa- und den Kommunalwahlen, ihren Rücktritt angekündigt, obwohl sie noch viel habe gestalten wollen. Aber die Kraft gehe ihr aus, hatte Dreyer gesagt, die seit vielen Jahren an Multiple Sklerose erkrankt ist. „Meine Akkus laden sich nicht mehr so schnell auf.“ Bei ihrem letzten Auftritt im Parlament waren der langjährigen Regierungschefin die Anspannung und die Emotionen deutlich anzumerken.



Amtsübergabe: Malu Dreyer und ihr Nachfolger Alexander Schweitzer. BILD: DPA

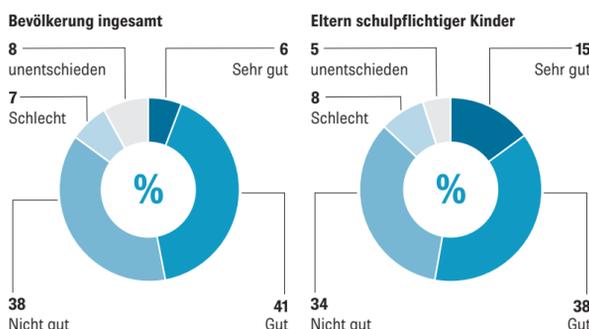
„Ich bedanke mich wirklich herzlich, dass ich noch mal die Möglichkeit habe, hier von diesem Rednerpult aus zu reden“, sagte sie mit wegbrechender Stimme. Die 63-Jährige zieht sich nach elf Jahren als Regierungschefin aus der Politik zurück. Der Zeitpunkt ihres selbstbestimmten Wechsels gilt als optimal. Die nächste Landtagswahl ist 2026, und Schweitzer hat damit genug Zeit, sich im Amt bekannt zu machen. Seit der Landtagswahl 2021 war Schweitzer Minister für Arbeit, Soziales, Transformation und Digitalisierung in Dreyers zweiter Ampelregierung. Seine Nachfolgerin in diesem Amt ist die nordrhein-westfälische SPD-Politikerin Dörte Schall.

Am Kabinett ändert sich sonst nichts, die anderen fünf Ministerinnen und drei Minister bleiben im Amt. Schweitzer hatte gleich in seinem ersten Statement angekündigt, auch nach der nächsten Landtagswahl am liebsten mit Grünen und FDP weiter regieren zu wollen. Ob es ihm gelingt, auf ähnlich viel Sympathie bei den Rheinland-Pfälzern zu stoßen wie Dreyer bleibt abzuwarten. Er hat bereits einen „intensiven Sommer“ angekündigt: „Ich will dahin, wo die Menschen sind und sich Meinungen bilden. Das sind auch Tiktok und die Theken.“ dpa

Respekt vor Leistung der Lehrer

Gemischtes Urteil über die Schulen

Was meinen Sie: Wie gut sind die Schulen in Baden-Württemberg alles in allem?



Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 6184/I; Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 18 Jahre

Lehrermangel ist nach Auffassung von Bürgern und Eltern das größte Problem der Schulen in Baden-Württemberg. Die Einrichtungen selber werden überwiegend gut bewertet, die Bildungspolitik der grün-schwarzen Landesregierung dagegen eher kritisch

Von Bärbel Krauß

In der Bewertung der Bürger kommen die baden-württembergischen Schulen deutlich besser weg als die grün-schwarze Bildungspolitik, die das Schulsystem insgesamt doch eigentlich vorantreiben soll. Das ist vielleicht das positivste Ergebnis des aktuellen BaWü-Checks. Die regelmäßige Umfrage der Tageszeitungen im Land, hat sich diesmal auf die Zufriedenheit der Bürger mit den Schulen und der Bildungspolitik im Land konzentriert.

Tatsächlich haben nicht nur Eltern schulpflichtiger Kinder, sondern auch die Bevölkerung insgesamt einen differenzierten Blick auf die schulische Wirklichkeit. Probleme sehen die Umfrageteilnehmer allem voran beim Lehrermangel, zunehmender Gewalt in Klassenzimmern und auf Schulhöfen und den mangelnden Deutschkenntnissen vieler Schüler. In der Gesamtschau honorieren 47 Prozent der Gesamtbevölkerung und 53 Prozent der Eltern die Arbeit der Schulen im Land dennoch als gut oder sehr gut. Das ist laut der Einschätzung der Meinungsforscher beim Institut für Demoskopie in Allensbach „vergleichsweise positiv“.



Dem gegenüber stehen kritische Urteile bei 45 Prozent der Bürger und 42 Prozent der Eltern, was einen massiven Abwärtstrend im Zehnjahresvergleich darstellt: Bei vergleichbaren Untersuchungen damals gab es nur 15 Prozent schlechte und 75 Prozent gute Noten.

Den Meinungsforschern sticht beim aktuellen BaWü-Check besonders ins Auge, dass die Außenansichten der Bevölkerung kritischer ausfallen als das „Erfahrungsbild“ der Eltern, die aktuell Kinder in der Schule haben. Beide Vergleichsgruppen nehmen zwar die gleichen Probleme im Bildungssystem wahr. Aber vor dem Hintergrund ihrer praktischen Einblicke ins aktuelle Schulleben messen Eltern dem Lehrermangel (59 Prozent), der zunehmenden Gewalt (49 Prozent), den mangelnden Deutschkenntnissen (40 Prozent), der Digitalausstattung (38 Prozent) und der Integration von Flüchtlingskindern (32 Prozent) eine geringere Bedeutung bei als die Gesamtbevölkerung. Größeren Handlungsdruck sehen die befragten Eltern dagegen beim Stundenausfall (43 Prozent), der Klassengröße (41 Prozent) und dem hohen Leistungsdruck für die Schü-

ler (34 Prozent). Viele Bürger nehmen die Integration von Flüchtlingen als Erschwernis für die Schulen wahr, aber sie setzen das Problem nicht an die erste Stelle. Bei der Bevölkerung rangiert das Thema auf Rang sechs der Problemstellungen (40 Prozent), in der Elternschaft liegt es (mit 32 Prozent) auf Platz zehn. Wichtiger ist beiden Gruppen, dass zu viele Kinder nicht ausreichend Deutsch können. 48 Prozent der Eltern berichten, dass an den Schulen ihrer Kinder der Unterricht durch Schüler mit mangelnden Deutschkenntnissen erschwert wird. An den Grundschulen wird das Problem als besonders drängend wahrgenommen. Dort sehen 52 Prozent der Eltern darin eine Belastung für den Unterricht.

BaWü-Check

Der BaWü-Check ist eine Umfrage der Tageszeitungen in Baden-Württemberg. Sie wird im Auftrag der Tageszeitungen durch das Institut für Demoskopie Allensbach mehrmals im Jahr durchgeführt.

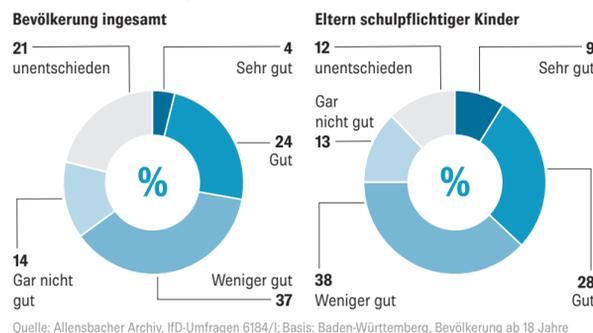
Im Juni 2024 wurden in Baden-Württemberg 1015 Menschen in einem repräsentativen Querschnitt der baden-württembergischen Bevölkerung ab 18 Jahren befragt.

Die Befragten sind Mitglieder eines Online-Panels. Die gewichtete Stichprobe wurde durch eine nach Geschlecht, Alter, Schulabschluss und Regierungsbezirk geschichtete Zufallsauswahl gezogen.

Die für die Befragung ausgewählten Personen bekamen per E-Mail eine Einladung zur Teilnahme. Sie konnten über einen darin enthaltenen Link zur Ausfüllung des Online-Fragebogens mit 13 Fragen gelangen.

Überwiegend kritisches Urteil über die Schul- und Bildungspolitik der Landesregierung

Wie bewerten Sie die Schul- und Bildungspolitik der grün-schwarzen Landesregierung hier in Baden-Württemberg?



Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 6184/I; Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 18 Jahre

Bildung und Erziehung sind laut den Erwartungen der Baden-Württemberg keine Frage von Entweder-Oder. Schulen müssen aus ihrer Sicht beides leisten. Ganz weit oben in der Prioritätenliste stehen dabei auch im Computer- und Internetzeitalter Allgemeinbildung, Rechtschreib- und Grammatikkenntnisse sowie gutes Englisch. Mathe liegt auf Platz sechs – gleichauf mit dem Thema Medienkompetenz. Bei der Vermittlung von Fähigkeiten im Umgang mit dem Internet, neuen Medien und Künstlicher Intelligenz kommt den Schulen aus Sicht der Bevölkerung eine zentrale Rolle zu. 86 Prozent fordern, dass die Schulen einen souveränen Umgang mit dem Internet und sozialen Medien vermitteln. 42 Prozent der Bürger plädieren für ein eigenes Schulfach Medienkompetenz, in der Elternschaft sind das sogar 68 Prozent.

Allerdings: Nur eine Minderheit von zehn bis 15 Prozent traut den Lehrern die Vermittlung ausreichender Medienkompetenz an ihre Schüler zu. Dazu fehle ihnen die Kompetenz meint eine Mehrheit von 68 Prozent der Eltern und 74 Prozent der Bürger. Von diesem Defizit abgesehen, dokumentiert die Umfrage aber einen ausgesprochen großen Respekt der Bürger vor den Leistun-

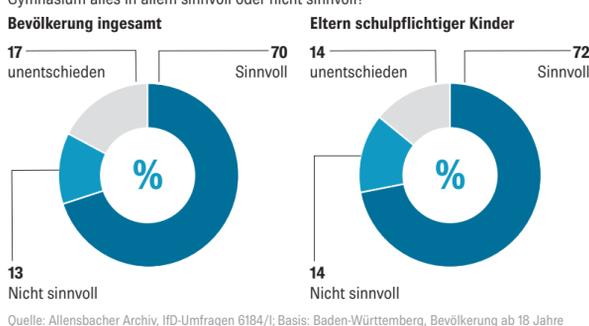
gen der Lehrkräfte. Die deutliche Mehrheit sieht die hohen Anforderungen des Berufs (etwa durch Auseinandersetzungen mit schwierigen Eltern und problematischen Schülern), hohe psychische Belastungen und eine große Verantwortung. Fast die Hälfte (47 Prozent) bescheinigt Lehrkräften einen anstrengenden Beruf, für den die verdiente Anerkennung oft ausbleibe (37 Prozent).

Jeweils 51 Prozent der Bevölkerung und der Eltern ziehen eine weniger oder gar nicht gute Bilanz der Bildungspolitik. Nur 28 Prozent der Bürger gibt der Landesregierung die Note gut oder sehr gut für ihre bildungspolitischen Weichenstellungen. Von Seiten der Eltern hält immerhin noch ein starkes Drittel (37 Prozent) die grün-schwarze Bildungspolitik für gut oder sehr gut. Aber insgesamt bleibt das Urteil für die Bildungspolitik sehr gemischt.

Dass das Land im nächsten Sommer zum neunjährigen Gymnasium zurückkehrt, finden 70 Prozent der Bürger und 72 Prozent der Eltern richtig. Dass nicht mehr der Wille der Eltern sondern die Grundschulempfehlung wieder verbindlich über die weiterführende Schule der Kinder entscheiden soll, befürworten 62 Prozent der Bürger und 58 Prozent der Grundschullehrer.

Breite Unterstützung für die Rückkehr zu G9

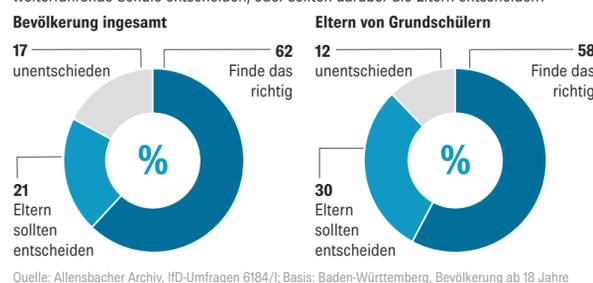
Die Landesregierung hat beschlossen, dass Baden-Württemberg ab dem kommenden Schuljahr vom achtjährigen Gymnasium, dem sogenannten G8, zum neunjährigen Gymnasium, dem G9, zurückkehren wird. Finden Sie die Rückkehr zum neunjährigen Gymnasium alles in allem sinnvoll oder nicht sinnvoll?



Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 6184/I; Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 18 Jahre

Große Mehrheit für die Wiedereinführung der verbindlichen Grundschulempfehlung

Die Landesregierung hat darüber hinaus beschlossen, die verbindliche Grundschulempfehlung wieder einzuführen. Das bedeutet, nicht mehr die Eltern entscheiden darüber, auf welche weiterführende Schule ein Grundschüler kommt, sondern die Grundschule bzw. die Noten. Finden Sie es richtig, dass die Grundschulen über die weiterführende Schule entscheiden, oder sollten darüber die Eltern entscheiden?



Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 6184/I; Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 18 Jahre